

Die sozialen und politischen Kosten der Austeritätspolitik – Schwächung der Gewerkschaften und Stärkung des Rechtspopulismus

FRANK BSIRSKE, KLAUS BUSCH

Angesichts der momentanen wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone feiert der Mainstream in Wissenschaft und Politik die herrschende Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Überwindung der Eurokrise als Erfolg. Die erneut hohen Wachstumsraten und die rückläufigen Arbeitslosenraten in den Krisenländern Irland, Portugal, Spanien und Griechenland zeigten, so die verbreitete Interpretation, dass die Austeritätspolitik notwendig gewesen sei, um eine neue Grundlage für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu legen. Diese Argumentation ist in mehrfacher Hinsicht zu problematisieren:

Erstens lässt sich anhand eines Vergleichs der Wirtschaftsentwicklung in der EU/Eurozone und den USA zeigen, dass mit Hilfe einer alternativen, wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik die Krise nach 2008/2009 schneller überwunden werden konnte als auf der Basis des harten Sparkurses.

Zweitens schiebt diese Sichtweise die hohen sozialen Kosten der Austeritätspolitik als vielleicht bedauerliche, aber notwendige *faux frais* der Überwindung der Krise in den hoch verschuldeten Eurostaaten schlicht beiseite. Diese bestehen in einer hohen Arbeitslosigkeit, erheblichen Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme, einer Stagnation und/oder einem Abbau der Reallöhne, einer De-Kollektivierung der Tarifbeziehungen und insgesamt in einer erheblichen Schwächung der Gewerkschaften in diesen Ländern.

Drittens übersieht diese Analyse die Verantwortung der Austeritätspolitik für das Erstarken des Rechtspopulismus in etlichen EU-Staaten, vor allem in Frankreich und in Italien, wo erhebliche Teile der Bürgerinnen und Bürger in der Euro-Wirtschaftspolitik mit Recht eine wichtige Ursache für die ökonomischen und sozialen Probleme ihrer Staaten sehen.

In Italien ist inzwischen eine populistische Regierung an der Macht, die mit ihren Plänen – bei mangelnder Flexibilität in Brüssel und Berlin – eine neue Eurokrise herbeiführen kann.

Es zeigt sich damit, dass die harte und sture Austeritätspolitik auf dem besten Wege ist, die größte ökonomische und politische Krise Europas seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu erzeugen, welche in Verbindung mit der Flüchtlingskrise die Europäische Union zum Einsturz bringen kann.

Austeritätspolitik: ein langer Weg bis zur ökonomischen Erholung

Während die USA die Große Krise 2008/2009 sehr schnell überwinden konnten, setzte in der Eurozone erst 2015/2016 eine ökonomische Erholung ein. Seit 2015/2016 verzeichnet sie wieder Wachstumsraten, die mit denen der USA vergleichbar sind. Die USA erlebten bereits seit 2010 eine deutliche Erholung von Produktion und Beschäftigung mit BIP-Wachstumsraten von 2 und 3%. Während die Arbeitslosenrate in der Eurozone 2010 bei 10,2% lag und 2016 immer noch 10,0% betrug, sank sie in den USA im selben Zeitraum von 9,6% auf 4,9%.¹

Der Vergleich zwischen der Eurozone und den USA ist insofern interessant, als er den Erfolg zweier gegensätzlicher Strategien zur Überwindung einer Krise verdeutlicht. Die Eurozone hat den Weg der Kürzungspolitik, der Austerität, gewählt, weil sie die Staatsschulden irrtümlicherweise als den Hauptverursacher der Krise interpretierte. Auf diesem Weg dauert es lange, bis sich erneut eine Erholung abzeichnet; diese setzt ein, wenn sich die Kürzungspolitik dem Ende zuneigt und sich die Angebotsbedingungen der Produktion durch sinkende Löhne verbessert haben. Die Eurozone befindet sich gegenwärtig in einer solchen Phase des Umschwungs. Der alternative Weg, den die USA gewählt haben, bekämpft die Krise durch eine expansive Geld- und Fiskalpolitik. Durch die Stützung der

1 European Commission (2017): Statistical Annex of European Economy, Brussels Autumn 2017, Tabellen 3 und 10, S. 14 und 28.

Nachfrage wird die Krise rasch überwunden. Zwar steigen zunächst noch die Staatsschulden, diese können aber in der Phase guter Wachstumsraten nach und nach reduziert werden. Die sozialen Kosten dieser Strategie sind wesentlich geringer als beim Austeritätsweg.

Die sozialen Kosten der Austeritätspolitik und die Schwächung der Gewerkschaften

Obwohl nicht nur jenseits des Atlantiks, sondern sozusagen vor der Haustür der Eurozone, in Schweden, die Wirtschaftskrise mit Hilfe einer Wachstumsstrategie ohne brutale soziale Kosten überwunden werden konnte, stellte Deutschland die unter seiner Führung durchgesetzte europäische Wirtschaftspolitik immer wieder als alternativlos dar. Den verschuldeten Ländern in der Eurozone wurde stets aufs Neue gepredigt, dass ohne eine harte Kürzungspolitik in den öffentlichen Haushalten und ohne „Strukturreformen“ in den sozialen Sicherungssystemen und in den Tarifverhandlungssystemen, d. h. ohne Sozial- und Lohnabbau, die Krise nicht überwunden werden könne.

Als Folge dieser von der Troika und den Finanzmärkten durchgesetzten Wirtschaftsphilosophie erlebten vor allem die abhängig Beschäftigten in den südeuropäischen Ländern der EU eine massive soziale Krise, die bis heute nicht überwunden ist. Im Jahre 2013 erreichte die Arbeitslosigkeit in Griechenland (27,5 %), in Spanien (26,1 %), in Portugal (16,4 %) und in Italien (12,1 %) Negativrekordwerte. Noch im Jahre 2017 lag die Arbeitslosenrate in diesen Ländern teilweise deutlich über dem Niveau von 2008.² In den sozialen Sicherungssystemen dieser Länder wurden in unterschiedlichem Ausmaß Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung, der Altersrenten und der Gesundheitsausgaben vorgenommen.

Darüber hinaus wurde durch massive staatliche Eingriffe die Gewerkschaftsmacht in den Staaten Südeuropas stark geschwächt.³ In Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sind die Tarifvertragssysteme in erheblichem Maße geschleift worden. Die Aushöhlung der Flächentarifvertragsstrukturen beruht in diesen Ländern im Wesentlichen auf den folgenden Maßnahmen: *Erstens* dem Vorrang von Unternehmens- vor sektoralen Vereinbarungen, zum Beispiel durch die Abschaffung bzw. Umkehrung des Günstigkeitsprinzips, was bedeutet, dass in der Praxis Unternehmensvereinbarungen sektorale Standards unterlaufen können; *zweitens* der weitgehenden Rücknahme der rechtlichen Unterstützung des Flächentarifvertragssystems, zum Beispiel durch die Einführung restriktiver Kriterien für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen; *drittens* der Ausweitung der Möglichkeiten für gewerkschaftlich nicht organisierte Gruppen von Arbeitnehmern, Verhandlungen auf Unternehmensebene zu führen.⁴ Im Gefolge dieser Eingriffe ist in Portugal, Spanien und Griechenland die Zahl der sektoralen Tarifabkommen von 2008 bis 2013 stark gesunken. Mit Recht

kann hier von einer De-Kollektivierung der Arbeitsbeziehungen gesprochen werden.⁵

Auch in anderen europäischen Ländern ist krisenbedingt die Zahl der Tarifvereinbarungen zurückgegangen, allerdings längst nicht in dem Umfang wie in den Ländern, die Kredithilfen bezogen haben bzw. beziehen und damit dem Diktat des Troika-Programms unterliegen.

Es ist nicht verwunderlich, dass als Folge dieser Schwächung der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht in der Zeit von 2008 bis 2014 tarifpolitische Erfolge in vielen Ländern ausblieben. In 13 der 28 EU-Staaten sind in diesem Krisenzeitraum die Reallöhne abgesenkt worden.⁶ Darüber hinaus gelang es in 18 der 28 Staaten nicht, den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen, da die Reallöhne nicht im selben Maße zunahmen wie die Produktivität.⁷ Besonders schwach waren erneut die Lohnergebnisse in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Für die Position der Gewerkschaften in Europa ist es besonders bedrohlich, dass aufgrund der Austeritätspolitik jetzt auch die ehemals sehr starken Gewerkschaften in Südeuropa erheblich an Tariftmacht verloren haben und deshalb in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland die Reallöhne in der genannten Krisenperiode gesunken sind.⁸

In einem gemeinsamen Währungsgebiet ist es für die Gewerkschaften höchst problematisch, wenn sich ihre Organisations- und Tariftmacht innerhalb der Währungszone deutlich ungleich entwickelt. Eine Schwächung der Tarifvertragssysteme und starke Reallohninbußen, die aufgrund der Austeritätseingriffe zunächst in einzelnen Staaten stattfinden, bleiben mittel- und längerfristig nicht auf diese Staaten beschränkt. Sie strahlen schon auf mittlere Sicht aus und führen über den Wettbewerbsmechanismus zu einer negativen Ansteckung im gesamten Eurogebiet. So hat das deutsche Lohndumping, das aufgrund der Erosion der Tarifbindung in der Vorkrisenzeit entstand, über die Leistungsbilanzdifferenzen letztlich auch Südeuropa erreicht und in der Zeit nach 2010 hier zu massiven Real-

2 European Commission (2017), a. a. O., Tabelle 10, S. 28.

3 Bsirske, F./ Busch, K./ Höbel, O.-A./ Knerler, R./ Scholz, D. (Hrsg.) (2016): Gewerkschaften in der Eurokrise, Hamburg.

4 Müller, T./ Platzer, H.-W. (2016): Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im Europa der Krise, in: Bsirske, F./ Busch, K./ Höbel, O.-A./ Knerler, R./ Scholz, D. (Hrsg.), a. a. O., S. 10–44.

5 Ebd.

6 European Commission (2015): European Economic Forecast. Statistical Annex, Brussels, Spring 2015, Tabelle 31.

7 European Commission (2015), a. a. O., Tabelle 34.

8 Telljohann, V. (2016): Italien: Marginalisierung des Tripartismus, in: Bsirske, F./ Busch, K./ Höbel, O.-A./ Knerler, R./ Scholz, D. (Hrsg.), a. a. O., S. 139–156.

lohninbrüchen geführt. Ebenso wird die Schwäche der Lohnpolitik in Mittel- und Osteuropa und der Zusammenbruch der Tarifvertragssysteme in Südeuropa, den wir jetzt erleben, mittelfristig auch auf Deutschland und die anderen westeuropäischen Staaten zurückschlagen. Insofern gibt es im Kern gemeinsame Interessen aller Beschäftigten in der Eurozone. Austeritätspolitik, die heute in einem Staat die Gewerkschaften und den Sozialstaat schwächt, wird morgen auch in zunächst scheinbar nicht betroffenen Staaten ihre Auswirkungen haben.

Die politischen Kosten der Austeritätspolitik: die Stärkung des Rechtspopulismus

Eng verbunden mit den sozialen Kosten sind die politischen Kosten der Austeritätspolitik: der Anstieg des Rechtspopulismus. In mehreren Eurostaaten, in denen die Austeritätspolitik erhebliche ökonomische (niedrige Wachstumsraten, rückläufige Haushaltsdefizite im Rahmen von Spareingriffen) und soziale (hohe Arbeitslosigkeit, schwache bis rückläufige Reallohnentwicklung, Abbau von Sozialleistungen, neoliberale Arbeitsmarktreformen) Folgen hatte, ist es zu einem markanten Anstieg des Rechtspopulismus gekommen. Das gilt für Italien, Frankreich, die Niederlande und Österreich, während in Deutschland aufgrund der günstigeren ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen der Zuwachs der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) im europäischen Vergleich deutlich geringer ausfiel.⁹ In Italien und in Frankreich hat die Sparpolitik zu einem hohen Niveau an Arbeitslosigkeit geführt, und in beiden Ländern führt ein großer Teil der Bevölkerung die ökonomischen Probleme des Landes auf die von Deutschland intonierte Euro-Wirtschaftspolitik zurück und ist insofern für die Argumente der rechtspopulistischen Parteien besonders empfänglich. Aber auch in den Niederlanden und in Österreich haben die sozialen Härten im Zuge der Sparpolitiken zur Unzufriedenheit mit den regierenden Parteien beigetragen. In Österreich ist das Haushaltsdefizit von 2010 bis 2016 um drei Prozentpunkte reduziert worden, in den Niederlanden im selben Zeitraum sogar von 5 % in einen leichten Überschuss transformiert worden. In beiden Ländern sind aufgrund dieser Politik bei den Parlamentswahlen insbesondere die sozialdemokratischen Parteien abgestraft und die rechtspolitischen Parteien gestärkt worden.

Für den Anstieg des Rechtspopulismus sind insgesamt mehrere Faktoren verantwortlich. Fünf Einflussgrößen können dabei als besonders relevant hervorgehoben werden: die ökonomische Entwicklung des Landes, die Entwicklung der sozialen Ungleichheit und deren Wahrnehmung, die politische Stabilität/Instabilität des Staates, die Migrations- und Flüchtlingsfrage sowie ein historisch-kultureller Faktor.¹⁰ Diese Einflussgrößen haben von Land zu Land ein unterschiedliches Gewicht. Am Beispiel Italiens, des EU-Staats, der am stärksten von populistischen Partei-

en beherrscht wird, soll im Folgenden die besondere Bedeutung einzelner Faktoren verdeutlicht werden.

Von den fünf Einflussgrößen des Rechtspopulismus sind zwei – die sozioökonomische Krise und die Krise des politischen Parteiensystems – in Italien unter allen oben genannten Ländern am stärksten ausgeprägt. Italien verzeichnet eine anhaltende ökonomische Stagnationsphase, die Arbeitslosigkeit erreichte nach der Großen Finanzkrise mit 11–12 % überdurchschnittlich hohe Werte, und auch die ungelöste Bankenkrise belastet bis heute das Land. Das tradierte Parteiensystem Italiens (*pentopartito*) brach unter dem Druck der Korruptionsaffären (*tangentopoli*) Anfang der 1990er Jahre zusammen, womit der Weg frei war für drei rechtspopulistische Parteien (Forza Italia, Lega Nord und Alleanza Nazionale), die unter Führung Berlusconis von 1994 bis 2011 in insgesamt vier Kabinetten das Land regierten, wenn auch mit Unterbrechungen. Es gehört zur Tragik des Landes, dass sich diese Rechtsregierungen nicht nur ebenfalls als unfähig erwiesen, die sozioökonomischen Probleme des Landes zu lösen, sondern auch – wie das vorherige Parteiensystem – an Affären (Steuerhinterziehung, Korruption, Sexskandale Berlusconis) zugrunde gingen. Von den Trümmern des Systems Berlusconis profitierte dann der Movimento Cinque Stelle (M5S), der bei den Parlamentswahlen 2013 im Abgeordnetenhaus auf Anhieb 25 % der Stimmen errang. Zwar betont der M5S, er sei weder rechts noch links, aber im Europaparlament und in Fragen der Flüchtlingskrise liegt diese Partei mit der rechtspopulistischen Lega (Nord) und den Fratelli d'Italia auf einer Linie. Die politische Instabilität kennzeichnet Italien im EU-Kontext wie kaum einen zweiten Staat. Sie ist neben der sozioökonomischen Krise der zentrale Erklärungsfaktor für die starke Bedeutung des Rechtspopulismus im Lande.

Hinzu kommt seit 2015 noch die Flüchtlingskrise, die von den populistischen Parteien genutzt wird, um Ausländerfeindlichkeit zu schüren und die Migranten als Sündenböcke für die zahlreichen Krisen des Landes abzustempeln. Da seit dem EU-Türkei-Abkommen viele Flüchtlinge den Weg über die Libyenroute nach Italien suchen, hat hier im Jahre 2017 die Migrationskrise einen neuen Höhepunkt erreicht. Von den EU-Staaten allein gelassen, die in der Frage eines Verteilungsmodus keinerlei Solidarität mit Italien zeigen, gewinnt die Kritik an der EU zusätzlich an Schwung, fordern doch die populistischen Parteien immer wieder auch einen Ausstieg aus dem Euro.

Nach den März-Wahlen 2018 hat im Mai eine populistische Regierung aus Lega und Cinque Stelle in Italien die Macht übernommen. Diese Regierung ist nicht bereit,

9 Vgl. Busch, K./Bischoff, J./Funke, H. (2018): Rechtspopulistische Zerstörung Europas. Wachsende politische Instabilität und die Möglichkeiten einer Kehrtwende, Hamburg.

10 Ebd., S. 182ff.

sich den Spielregeln des Stabilitätspakts und des Fiskalpakts zu unterwerfen, sondern fordert eine Neuverhandlung dieser Verträge. Sie plant massive Steuersenkungen für die mittleren und die oberen Einkommenschichten, will als soziale Grundsicherung, die das Land bislang nicht kennt, ein Grundeinkommen einführen und beabsichtigt schließlich, die von der Regierung Monti eingeführte Rentenreform rückgängig zu machen. Mit diesen Maßnahmen würde das Haushaltsdefizit Italiens auf etwa 7% ansteigen.

Zwischen der Europäischen Kommission und Rom könnte die Einleitung derartiger Maßnahmen zu erheblichen Konflikten führen, wenn Brüssel diese Schritte als Verletzung der Spielregeln des Stabilitätspakts werten und letztlich ein Defizitverfahren gegen die italienische Regierung eröffnen würde. Sollten beide Seiten ein *chicken game*¹¹ spielen, könnte dies zu einer erneuten massiven Krise des Euro führen, die auch andere Staaten wie Portugal, Spanien und Griechenland anstecken könnte und deren Ende von daher offen ist.

Der Anstieg des Rechtspopulismus hat in der EU auch zu einer Verschärfung der Migrationskonflikte geführt. Aufgrund einer massiven Politik der Abschottung – Verschärfung des Asylrechts, verstärkte Abschiebungen, EU-Türkei-Abkommen, Ausbau von Frontex und Stärkung der Zusammenarbeit mit Libyen – ist es zwar zu einer deutlichen Reduktion der Flüchtlingszahlen gekommen, aber die entscheidenden Fragen der ungleichen Belastung der EU-Staaten durch Flüchtlinge und der Umsetzung der Verteilungsbeschlüsse der EU zur Entlastung von Italien und Griechenland sind bis heute nicht gelöst. Die Visegrad-Staaten weigern sich, sich an der Verteilung von Flüchtlingen zu beteiligen, und vor allem Italien kritisiert, von der EU letztlich allein gelassen zu werden. Zu Konflikten kommt es auch aufgrund der Sekundärmigration und der Durchsetzung des Dublin-Systems.

Der Juni-Gipfel des Europäischen Rats hat Maßnahmen beschlossen, die eine weitere Verschärfung der Abschottung (Stärkung von Frontex und der libyschen Küstenwache), den Aufbau von „Ausschiffungsplattformen“ in Drittstaaten (Kasernierung der auf der Flucht aufgegriffenen Migranten zur Klärung ihres Status) und den Aufbau von „internen Zentren“ in den Mitgliedstaaten (Kasernierung von Flüchtlingen zur Klärung ihres Status und Einleitung von Umsiedlungs- und Neuansiedlungsmaßnahmen „unbeschadet der Dublin-Reform“) beinhalten.¹²

Auch wenn sich die EU mit diesen Beschlüssen immer mehr auf den Pfad einer rechtspopulistischen Flüchtlingspolitik begibt, deren Konformität mit dem Völkerrecht fraglich ist und die gegen Menschenrechte verstößt, zu deren Einhaltung sich die EU in vielen Rechtstexten verpflichtet hat, wird diese Politik kaum zu einer Lösung der Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten führen. Denn weder ist geklärt, welche Staaten in Nordafrika zum Aufbau von „Ausschiffungsplattformen“ bereit sind, noch, welche Staaten die von dort in die EU zu verbringenden Flüchtlinge aufnehmen würden. Weiterhin ungeklärt ist, welche

Staaten die „internen Zentren“ aufbauen sollen und welche einwilligen würden, sich an den von dort ausgehenden Umsiedlungsmaßnahmen zu beteiligen. Gänzlich offen ist all dies, weil über allem das Prinzip der Freiwilligkeit steht, das die EU akzeptiert hat, um überhaupt zu Beschlüssen kommen zu können. Italien hat die Beschlüsse des Gipfels mitgetragen, wird sich aber mit großer Wahrscheinlichkeit im Zuge der Umsetzung der Gipfelmaßnahmen sehr bald in genau der Situation befinden, die es vor dem Gipfel zu Recht als unerträglich empfunden hat.

Mit der Anerkennung des Prinzips der Freiwilligkeit hat die EU das vertragswidrige Verhalten der Visegrad-Staaten legitimiert und sich letztlich ihrer Handlungsmöglichkeiten im Falle von Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten beraubt. Es wird weiterhin dabei bleiben, dass Staaten ungleich belastet sind und dass sich nicht alle Staaten an der Verteilung von Migranten aus Nordafrika oder aus den „internen Zentren“ einzelner Staaten beteiligen werden. Damit bleiben aufgrund der Re-Nationalisierungstendenz die grundlegenden Probleme zwischen den Mitgliedstaaten erhalten, die der Juni-Gipfel ursprünglich vorgab, lösen zu wollen.

Schlussbemerkung

Die wachsende Tendenz zu Rechtspopulismus und Nationalismus in Europa kann nur durch ein alternatives europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell überwunden werden.¹³ Die neoliberalen Sparpolitiken und die rigiden Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen, die vor allem in den mediterranen Ländern verhängnisvolle sozialökonomische Auswirkungen hatten und in den meisten EU-Staaten die soziale Spaltung verschärft haben, müssen beendet werden. Die EU braucht eine Wirtschaftsregierung, die gemeinsame und asymmetrische Krisen bekämpfen kann. Diese Regierung muss eine ökologisch nachhaltige und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik betreiben und mit Hilfe eines europäischen Investitionsprogramms die Überwindung der sozialökonomischen Spaltung in Europa in Angriff nehmen. Nach einer mehr als 30-jährigen und weitgehend ergebnislosen Debatte über die soziale Dimension der Integration müssen endlich europäisch geregelte Mindestlöhne und

11 Bei einem „chicken game“ rasen zwei Autos mit großer Geschwindigkeit aufeinander zu. Derjenige, der zuerst ausweicht, ist das „chicken“ (der Angsthase), der andere erhält die Gewinnprämie. Weichen beide aus, erhält jeder die Hälfte der Prämie. Eine Kollision verursacht an beiden Autos erheblich höhere Kosten.

12 Europäischer Rat (2018), <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9-2018-INIT/de/pdf>, Brüssel, Juni 2018.

13 Vgl. Busch, K./Troost, A./Schwan, G./Bsirske, F./Bischoff, J./Schrooten, M./Wolf, H. (2016): Europa geht auch solidarisch – Streitschrift für eine andere EU, Hamburg.

europäisch koordinierte soziale Sicherungssysteme eingeführt werden, die den sozialen Fortschritt mit dem ökonomischen Entwicklungsniveau der Staaten Schritt halten lassen. In einem derartigen sozialökonomischen Umfeld hätten die Gewerkschaften beste Voraussetzungen für eine Re-Kollektivierung der Tarifbeziehungen und eine Wiederaufnahme der europäischen Koordinierung der Lohnpolitiken. Mit einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik, die auch eine Verteilung der Migranten nach ökonomischen und sozialen Standards beinhaltet, müssen die Konflikte in der Flüchtlingspolitik überwunden werden. Die heute immer stärker werdende Tendenz zum Irrationalismus in der europäischen Politik kann nur durch eine gerechte Wirtschafts- und Sozialpolitik überwunden werden, die sowohl die ökonomische und soziale Spaltung zwischen den Mitgliedstaaten als auch innerhalb der Staa-

ten bekämpft und so einen neuen europäischen Sinn für Gemeinschaftliches und Gemeinsames stiftet. ■

AUTOREN

FRANK BSIRSKE ist Vorsitzender der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

@ frank.bsirske@verdi.de

KLAUS BUSCH, Prof. (i. R.) für Europäische Studien, ist europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di. Forschungsschwerpunkte: Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, Rechtspopulismus in Europa.

@ busch@uos.de

Schwerpunktheft 2019

- **1|2019** Nachhaltige Arbeit: machtpolitische Blockaden und Transformationspotenziale
- **3|2019** Rechtspopulismus und die soziale Frage – Herausforderungen für Arbeitswelt und Gewerkschaften
- **5|2019** Umgang mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Betrieb

Schwerpunktheft 2018

- **1|2018** Altern im Betrieb
- **3|2018** Industrie 4.0 konkret – Ungleichzeitige Entwicklungen, arbeitspolitische Einordnungen
- **5|2018** Ungleichheitsdynamiken und Ungleichheitspolitiken

Das Abonnement

Jahresabonnement 2019*

Einzelabonnement Inland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatzzugang)	94,80€
Einzelabonnement Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatzzugang)	99,60€
Studentenabonnement In- und Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Einzelplatznutzung)	49,80€
Institutionsabonnement In- und Ausland inkl. Onlinezugang (sechs Ausgaben Print inkl. Onlinezugang über IP-Adresse für einen Standort)	158,00€

Miniabonnement**

2 Ausgaben der WSI-Mitteilungen im Miniabonnement Print, inkl. Vertriebskostenanteil	19,00€
--	--------

* Kündigungsfrist: drei Monate zum Kalenderjahresende

Preise inkl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil (Inland 12,00€ + Direktbeorderungsgebühr 2,14€)	14,14€
(Ausland 24,00€ + Direktbeorderungsgebühr 2,14€)	26,14€

** Ich erhalte die Zeitschrift im regulären Abonnement, wenn ich nicht 1 Woche nach Erhalt des letzten Miniabo-Heftes abbestelle.

Die Bestellung

- Ja, ich bestelle ein Abonnement der WSI-Mitteilungen als **Einzelabonnement Inland**
- Ja, ich bestelle ein Abonnement der WSI-Mitteilungen als **Einzelabonnement Ausland**
- Ja, ich bestelle ein **Studentenabonnement** der WSI-Mitteilungen
- Ja, ich bestelle ein **Institutionsabonnement** der WSI-Mitteilungen
- Ja, ich teste die WSI-Mitteilungen im **Miniabonnement**
Ich erhalte dazu zwei Ausgaben der WSI-Mitteilungen in Print.
Wenn ich innerhalb von 7 Tagen nach Erhalt der 2. Ausgabe keine gegenteilige Mitteilung mache, möchte ich die WSI-Mitteilungen regelmäßig beziehen.
- Ja, ich bestelle oben angekreuzte **Schwerpunktheft**

	Firma Institution
	Name Vorname
	Straße Nr.
	PLZ Ort
	Telefon Fax
	E-Mail
	Datum Unterschrift

Der Adressat

Infotelefon: (0 72 21) 21 04-39
Bestell-Fax: (0 72 21) 21 04-1139
E-Mail: abo@nomos.de
Online Bestellmöglichkeit:
www.nomos-shop.de/30294

Postadresse:
 Nomos Verlagsgesellschaft
 mbH & Co. KG
 Zeitschriftenvertrieb
 Waldseestraße 3–5
 76530 Baden-Baden

Ihre Vertrauensgarantie: Sie haben das Recht, diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen bei der umseitigen Bestelladresse schriftlich zu widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.